

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Syron in Neuenbürg.

Bezugspreis:

Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Ort- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst im Verk. 75 G. Pf. m. Postbestellung, Preis freierlei. Nachzahlung vorbehalten. Preis einer Nummer 19 Goldpf.

In Fällen des Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Buchhändler, sowie Agenturen u. Zustellerrinnen jederzeit entgegen.

Bitte-Route Nr. 24
C. T. Meck'sche Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die erste Zeile oder deren Raum im Beleg 15, außerdem 20 Goldpf. inkl. Steuer. Kollekt. Anzeigen 100%. Zählung, Offerte und Ausnahmestellung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachzahlens hinaufgelassen wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifüberschreitungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gebühr übernommen.

Nr. 160.

Montag, den 13. Juli 1925.

83. Jahrgang.

Inland.

Offen, 11. Juli. Die Beche Nordstern der Königin K.O. für Bergbau und Güttenbetrieb wird am 1. August stillgelegt. 3000 Arbeiter und Angestellte gelangen zur Entlassung.

Berlin, 10. Juli. Heute nachmittag führten 62 der sozialdemokratischen und 20 der kommunistischen Partei angehörige Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaftsbeamte auf Grund einer russischen Einladung nach Sowjetrußland, um die russischen Wirtschaftsverhältnisse kennen zu lernen.

Wirt. Beamtenbund und Finanzminister.

Stuttgart, 10. Juli. Der Vorstand des Wirt. Beamtenbundes hat in der Presse eine Entschließung verbreitet, die sich mit der Denkschrift der Staatsregierung über die Befoldungsverhältnisse der württembergischen Staatsbeamten und mit der Rede des Finanzministers im Landtag zum Staatshaushalt für 1925 befaßt und Ungenauigkeiten, Unterlassungen und Verfaßlichkeiten in beiden behauptet. Daran wird amtlicherseits u. a. folgendes erwidert:

1. Von der Denkschrift wird in der Entschließung erklärt, daß die Vergleiche ein schiefes Bild ergeben, vielsach auf falschen Grundlagen beruhen und daß das Realeinkommen auf einer unvollkommenen Grundlage berechnet sei. Ferner: sie widerlege den Vergleich, den der Finanzminister in seiner Rede zwischen dem Personalanwands und dem Realeinkommen angestellt habe. Dieser ist nur formal richtig, daß die Denkschrift, was auch in dem Begleitgut mehrfach wiederholt ist, da und dort bloß Beispiele und Durchschnittsberechnungen geben konnte, von denen jedoch feststeht — das beweisen die Bedarfsszahlen im Staatshaushaltsplan —, daß sie nicht zu Ungunsten der Beamtenerschaft gewählt sind. Im übrigen können sich die Zahlen in der Denkschrift und im Staatshaushaltsplan schon deswegen nicht ganz decken, weil die Denkschrift früher fertiggestellt war, als der Haushaltsentwurf. 2. Es wird ferner behauptet, der Finanzminister habe unterlassen, die Ursachen der Steigerung des Personalanwands von 1925 gegenüber 1914 anzugeben. Die Ursachen beständen in der Hauptache in der bedauerlichen Verminderung der Kaufkraft der Mark, in der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden, in der Uebernahme der Polizei auf den Staat und in der Verminderung der Gemeindezuschüsse zur Lehrerbefoldung, zum großen Teil auch in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Verwendung des Reichsindes für Lebenshaltungskosten und von Realeinkommensziffern in der Rede doch gar nichts anderes als eben die Veranschaulichung der geminderten Kaufkraft der Mark bedeuten konnte. Des weiteren ist in der Rede der Personalanwandssteigerung die Personalabfertigung, mit und ohne Polizei, gegenübergestellt. Die angegebene Personalabfertigung entspricht der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden. Die Personalanwandssteigerung geht aber bedeutend hinaus über die Personalabfertigung. Die Verminderung der Gemeindezuschüsse zur Lehrerbefoldung tritt nicht mit den einschlägigen Ausführungen in der Rede des Ministers überhaupt nicht in Zusammenhang; denn bei diesen hätte es sich darum gehandelt, die tatsächliche Entwicklung der Personalbezüge seit 1914 ihrer Gesamtwirkung nach einmal einwandfrei nachzuweisen. 3. In der Entschließung heißt es weiter: Auch bezüglich der Steigerung des Aufwands von 1925 gegenüber 1924 hätte die Beamtenerschaft erwartet, daß der Finanzminister den Grund der Steigerung angegeben hätte. Hieran ist zu sagen: In der Rede über den Staatshaushalt für 1925 ist die Höhe der Gehälter bei der Einführung der Rentenmarkt eingegangen, bestand keine Veranlassung. Das war ja schon geschehen in der Rede des Finanzministers vom 21. Oktober v. J., wo gesagt war: „Eine schwere allgemeine Notlage der Beamtenerschaft in Württemberg hat in außerordentlichem Ausmaß gegen das Ende der Inflationszeit und in der folgenden Uebergangszeit bestanden und es verdient die Beamtenerschaft ganz gewiß den Dank der ganzen Bevölkerung dafür, daß sie auch in diesen für sie ungemessen schweren Zeiten mentweg und selbstlos ihre Pflicht im vollen Umfang getan hat.“ Im übrigen ist es unrichtig, daß die Aufwertungen des Jahres 1924 nur keine gewesen sind, und unverkündet, wenn von einem Gegenstand des Finanzministers zu sämtlichen Landtagsfraktionen sind gesprochen wird. Daß doch in keinem einzigen Falle die württembergische Regierung gegen die bezüglichen Anträge der Reichsregierung gestimmt oder sich beim Landtag für ein Nichtmitmachen derselben eingesetzt. 4. Endlich heißt es: Der Finanzminister hat verfaßt, den Personalanwands für die aktiven Beamten in seiner Rede anzugeben, der sich etwa auf 70 Millionen und nicht auf 120 Millionen Mark beläuft. Vom Finanzminister ist aber nirgends angegeben worden, daß die Bezüge der aktiven Beamten 120 Millionen ausmachen. Wie schon oben bemerkt, hatten seine Ausführungen den Zweck, die Entwicklung der Bezüge der Staatsbeamten seit 1914 anzudeuten. In seiner Rede ist dabei klar und eindeutig ausgegangen von der Gesamtsumme aller Personalausgaben im Haushaltsentwurf für 1925 im Gegensatz zu den staatlichen Sachausgaben. Diese zu 120 Millionen angegebene Summe kann jedermann aus dem Haushaltsentwurf nachrechnen, und sie wird sicher von niemand widerlegt werden. Die Regierung hat das allergrößte Interesse daran, daß die staatlichen Ausgaben richtig erfüllt werden, und sie weiß selbstverständlich ganz genau, daß das nur möglich ist durch treue Einnahme und Arbeitsfreudigkeit der Beamtenerschaft. Sie zu erhalten und sie zu fördern, rednet sie darum zu ihren obersten Pflichten. Die Ausführungen in der kritisierten Rede des Finanzministers sollten ja gerade auch zeigen, wie die Regierung stets bemüht war, im Rahmen des Möglichen die Beamtenbezüge zu verbessern; deshalb war von ihm ausdrücklich bezeugt, daß mit seinen Bemerkungen nicht etwa bestritten werden sollte, daß die Beamtengehälter an sich durchaus keine üppigen seien. Daß wir in dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht mehr tun konnten, so gerne wir es alle

möchten, rühre von dem verlorenen Kriege her. Auf der anderen Seite hat aber die Regierung auch die Pflicht, den fortgesetzten zutage tretenden falschen Vorstellungen und unrichtigen Behauptungen hinsichtlich der Leistungen des Staats für seine Beamtenerschaft entgegenzutreten, weil durch solche der Dienstfreudigkeit entgegengetrieben wird. Der Inhalt der Entschließung kann nach alledem nur dazu beitragen, die Notwendigkeit der Veröffentlichung der Denkschrift und der Mitteilungen in der Rede des Finanzministers zu beweisen.

Neue Ueberschüsse in der Pfalz.

Kaiserslautern, 10. Juli. Dem Bürgermeisteramt Kaiserslautern wurde anfangs dieser Woche durch die dortige Ortskommandatur die Auflage gemacht, sich bis Ende der Woche zu erklären, ob sie bereit sei, zum 15. August dieses Jahres folgende Wohn- und Unterkunftsräume für die Benutzung bereitzustellen: 1. 88 Offizierswohnungen zu 7, 6 und 5 Zimmern, 2. 10 Wohnungen für die Familien der Gendarmrie oder einer Gendarmrieoffiziersfamilie, 3. die notwendigen Büroräumlichkeiten, 4. 6 Schulklassen. Falls bis zum kommenden Samstag keine zustimmende Antwort des Bürgermeisteramtes vorliegt, werde eine französische Kommission in der Stadt alle Einquartierungsmöglichkeiten in größeren Wohnungen nachprüfen, und die französischen Familien sollten dann unter gemeinschaftlicher Rücksichtnahme in den passenden Wohnungen untergebracht werden. Hierzu wird mitgeteilt, daß der französische Oberkommissar Tirard als die erste Nachricht von solchen französischen Familien hier bekannt wurde, auf die ganz außerordentliche Wohnverhältnisse in der Stadt Kaiserslautern hingewiesen und ihm dargelegt wurde, daß in Kaiserslautern über 1000 Familien ohne Wohnung seien. Auch die Ortskommandatur ist von diesen Zuständen unterrichtet, trotzdem diese neue Auflage unter Androhung von Sanktionen. Von der Stadtverwaltung Verband ist durch die französische Befehlshaberbehörde die sofortige Bereitstellung von 40 Barackenwohnungen und von 15 möblierten Ledigenwohnungen gefordert worden. Die Stadtverwaltung von Kaiserslautern und Verband sind bei der außerordentlich großen Wohnungsnot in diesen Städten nicht in der Lage, diesen großen Anforderungen der französischen Befehlshaberbehörde zu entsprechen, zumal alle Bemühungen des Reiches, durch Erstellung von Befehlshaberbauten eine Entlastung des Wohnungsmarktes herbeizuführen durch die ständig steigenden Ansprüche der Befehlshaber an Wohnungen fast völlig zunichte gemacht worden sind.

Die 700-Jahresfeier der Stadt Oppenheim verboten.

Frankfurt a. M., 11. Juli. Am letzten Sonntag sollen anlässlich einer von der Rheinlandkommission zugelassenen Gründungsfeier des Sängervereins Oppenheim einige unbedeutende Vorankündigungen stattfinden, die von französischer Seite als Unbedeutendigkeiten angesehen wurden. Infolgedessen sind jetzt alle Feiern verboten, die in der Stadt und Kreis Oppenheim geplant wurden, darunter auch die 700-Jahresfeier der Stadt Oppenheim, verboten worden. Ferner hat die Bevölkerung Oppenheims sogar Befehl erhalten, sämtliche Fahnenstangen von den Häusern zu entfernen, wodurch es der Bevölkerung unmöglich gemacht werden soll, zu flaggen.

Das Urteil im Vogenhardt-Prozess.

Leipzig, 11. Juli. Im Kommunistenprozess Vogenhardt und Genossen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde heute um 8 Uhr das Urteil verkündet. Alle Angeklagten werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vorbereitung gegen das Republikanengesetz und gegen § 7 des Ehrenkodexgesetzes, bzw. wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen, ferner wegen unbefugten Waffentragens zu folgenden Strafen verurteilt: Vogenhardt zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Lang zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, die übrigen zu 6 Monaten Gefängnis bis zu einem Jahr Zuchthaus.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Berlin, 11. Juli. Von den Sozialdemokraten ist im Reichstag eine Interpellation eingegangen, in der sie unter Bezugnahme auf einen Artikel des Grafen Beckers, in dem dieser das deutsche Memorandum in der Sicherheitsfrage nicht als Vorschlag oder bindende Anregung der Reichsregierung, sondern als unverbindliche Anregung des deutschen Außenministers bezeichnet, an die Reichsregierung die Frage richtet, ob die Reichsregierung die in dem Memorandum enthaltenen Vorschläge und Angebote noch als bindend erachtet und wie die Reichsregierung eine erfolgreiche Außenpolitik zu führen gedenke, wenn der Vorschlag einer Regierungspartei Behauptungen aufstelle, die, wenn sie wahr wären, die Politik der Reichsregierung als doppeltzünftig und unethisch erweisen würden.

Vericht des Hölleauschusses des preussischen Landtags.

Berlin, 11. Juli. Im Hölle-Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags kam gestern Abg. Belter (N.) bei der Erörterung des Berichtes über die gesamte Untersuchung in der Hauptsache zu folgenden Schlüssen: Das Verhalten der Beamten der Staatsanwaltschaft bei der Festnahme Hölles war mit der Würde ihrer Behörde nicht vereinbar. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Erlass des Haftbefehls entsprach nicht den bestehenden Vorschriften. Der Erlass des Haftbefehls war nicht gerechtfertigt, weil ein Mordverdacht nicht vorlag und ebensowenig Kollisionsgefahr. Das von Reichspolizist betriebene Offenbarungseidverfahren war nicht genügend gerechtfertigt. Nicht zu rechtfertigen waren auch das von der Reichsanwaltschaft eingeleitete Arrestverfahren und das von dem Staatsanwaltschaftsrat Belter eingeleitete Reineidverfahren. Untersuchungsrichter und Staatsanwälte oder ihre Gehilfen haben dem Gesundheitszustand Hölles während seiner Untersuchung nicht genügende Beachtung geschenkt. Die Auf-

rechterhaltung des Haftbefehls über den 18. 4. hinaus läßt sich nicht rechtfertigen. Der Berichterstatter kritisiert ferner die Anwendung der Dienstvollzugsordnung für die Gefangenen, wobei der Anstaltsleiter Dr. Bulla, der Anstaltsarzt Dr. Thiele, die Wachtmeister und die Krankenpfleger zahlreiche Verstöße begangen hätten. Die ärztliche Behandlung durch Dr. Dirlich und Dr. Strahmann jr. sei einwandfrei gewesen, dagegen nicht diejenige durch Dr. Thiele. Das toxiologische Gutachten Dr. Kippers gebe Anlaß zu schweren Bedenken. Auch das Gutachten Prof. Lewins, so sehr er es in seinen Schlüssen billige, stehe auf schmaler Basis. Der Berichterstatter schlägt dann dem Ausschuss einen Antrag vor, in dem die einzelnen Umstände erörtert werden, die zur Verschlimmerung des Leidens Dr. Hölles beigetragen haben, und in dem es als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß der Tod herbeigeführt worden sei durch die Einflüsse mißbräuchlich verabreichteter narkotischer Stoffe. Ein Selbstmord bei freier Willensbestimmung sei durch nichts erwiesen. Ohne Pflichtverfassnisse oder unbillige Härten von Dienststellen wäre, wie man auch die letzten Urlassen aufhellen mag, das traurige Ende Hölles nicht eingetreten. — Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Samstag.

Die Aufwertungsdebatte.

Berlin, 11. Juli. Nachmittags sind nichts für den Reichstag, am andern Tag fehlt meistens der größte Teil der Abgeordneten. So auch am Samstag. Vor fast leerem Hause mußte der Vizepräsident Gräß die Sitzung eröffnen. Die Verlesung war aber so schwach, daß der grundlegende Paragraph über den abgestimmt werden sollte, vorläufig zurückgestellt werden mußte in der Hoffnung, daß sich das Bureau noch einigermassen füllen würde. Während der eingehenden Einzelberatung, die zum Teil von Rednern der Opposition bestritten wurde, tauchten auch allmählich die Volkswertreter nacheinander auf, jedoch nur das Abstimmungsgebet vor sich gehen konnte. Paragraph 4, der den Aufwertungsbeitrag auf 25 Prozent festsetzt, die Opposition versuchte natürlich, nach Möglichkeit die Abstimmung hinauszuzögern, was ihr aber nicht gelang. Auch ihre verschiedenen Änderungsanträge konnten an dem Kompromiß nicht rütteln. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Anträge auf Erhöhung des im § 4 der Vorlage festgelegten Aufwertungsbeitrages von 25 Prozent auf 40 Prozent wurden in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 140 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Es bleibt also bei dem Aufwertungsbeitrag von 25 Prozent. Das Haus vertagte sich hierauf, ohne über sämtliche Paragraphen abgestimmt zu haben, auf Montag.

Widerstände gegen das Aufwertungskompromiß.

Berlin, 11. Juli. Der „Vorwärts“ behauptet, im Reichstag sei gestern abend bekannt geworden, daß die Abgeordneten Wajale und Steinger von der Deutschen Nationalen Volkspartei gegen den Aufwertungskompromiß der Regierungsparteien zu stimmen beabsichtigten, und daß auf die beiden von der deutschen Fraktionsleitung ein harter Druck ausgeübt worden sei, um sie zu bewegen, ihr Vorhaben aufzugeben und sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Diesem Vorhaben würde um so größere Bedeutung beigemessen, da es auch auf die Stimmen verschiedener süddeutscher Abgeordneter anderer Fraktionen Rückwirkungen ausübe. Ebenso machten sich innerhalb der Wirtschaftspartei starke Bedenken dagegen geltend, der Regierungsvorlage beizutreten. Damit scheint die Annahme des Aufwertungskompromisses noch keineswegs gesichert. Nach anderer Kenntnis gehören allein bei den Deutschen Nationalen 15 bis 20 Abgeordnete zu den Dissidenten. Es wird natürlich darauf ankommen, ob diese Andersmeinenden gegen das Kompromiß stimmen oder sich der Stimme enthalten.

Bedrohende Zusammenkunft Amundsen mit Dr. Edener.

Berlin, 11. Juli. Die „A. Z. am Mittag“ erzählt, daß auf eine Anfrage Rood Amundsen Dr. Edener sich brieflich bereit erklärte, innerhalb der nächsten 14 Tage mit Amundsen und Ellsworth in einer norddeutschen Hafenstadt zusammenzutreffen. Damit werde der Plan des Zepellinfahrs zur Erreichung des Nordpols einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen sein.

Ausland.

Paris, 11. Juli. In einer Rede der Armee-Kommission wurde Painlevé darauf aufmerksam gemacht, daß die Rheinarmee mit materiellen Sorgen zu kämpfen habe. Man wies darauf hin, daß das Leben im besetzten Gebiet sehr teuer sei, da von den Mannschaften Besatzung in Goldmark verlangt werde.

Zur Klärung des Ruhrgebietes.

Brüssel, 11. Juli. Die „Agence Belge“ meldet: Die zurzeit im Ruhrgebiet befindlichen Truppen werden zwischen dem 15. und 25. Juli in ihre belgischen Garnisonen zurückzuziehen.

Vorausgabe deutscher Wohlfahrtselder durch Frankreich.

Vor dem Kriege gab es in der Kasse der deutschen Völkerei in Paris einen Fonds, der zum Bau eines deutschen Hospitals in Paris bestimmt war. Das Geld stammte zum Teil aus alten Erbschaften und war für die damals geltenden Verhältnisse sicher angelegt und von einem Kuratorium verwaltet. Nach dem Kriege wurde dieser deutsche Besitz wie so manches andere konfisziert. Nun ist es, wie das Berliner Tageblatt aus Paris erfährt, gelungen, wenigstens einen ansehnlichen Teil der alten Stiftung für die deutschen Wohlfahrtszwecke zu retten. Vor einigen Monaten wurden 80 000 Franken an die deutsche Völkerei zurückgezahlt und können nun den Grundstock für eine neue Kapitalanlage bilden. Ein aus Mitgliedern der Pariser deutschen Kolonie bestehender Verwaltungsausschuss unter dem Vorsitz des Vorstandsmitglieds...

men. Die lokale Regelung dieser Angelegenheit ist noch unter der Regierung Derriot erfolgt.

Das Saarabkommen angenommen.

Paris, 11. Juli. Nach langen, außerordentlich mühevollen Verhandlungen der letzten Tage und Nächte gelang es heute morgen, das Saarabkommen zustandzubringen. Es wurde von Geheimrat von Friedberg und dem französischen Ministerialdirektor Serruis heute vormittag paraphiert und um 1 Uhr von dem Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumet unterzeichnet. Sodann wurde das Abkommen dem deutschen Botschafter und dem französischen Außenminister zur Unterzeichnung vorgelegt. Je ein deutsches und ein französisches Exemplar wurden unterzeichnet. In den letzten Tagen waren die Schwerkriegsgerichte für einen Abschluss außerordentlich groß. Vor allem lagen die Schwierigkeiten darin, daß die Hauptverhandlungen über den Handelsvertrag unterbrochen werden mußten und daß damit auch das schwedische Abkommen, welches am 16. Juni in Luxemburg zustandgekommen war, nicht in Kraft treten konnte. Nun lag es aber im Lebensinteresse der Saarindustrie, daß wenigstens ein Teilabkommen vorläufig für vier Monate Geltung haben soll.

Der wichtigste Inhalt des Abkommens besteht darin, daß für die Ausfuhr gewisser Erzeugnisse des Saargebietes in das deutsche Zollgebiet und für die Einfuhr gewisser deutscher Rohstoffe und Fertigfabrikate in das Saargebiet Zollfreiheit oder Zollvergünstigungen gewährt werden. Von besonderer Bedeutung für das Saargebiet ist es, daß Maschinen und Maschinenersatzteile nunmehr aus Deutschland eingeführt werden können. Die Maschinen im Saargebiet haben durchweg deutschen Typ, und es ist ausgeschlossen, daß Maschinenersatzteile etwa aus Frankreich bezogen werden können. Zollfrei können ferner Waren zum Ausfuhr eingeführt werden. Schwierig waren die Verhandlungen wegen des Erlasses von Maschinen. Im allgemeinen sind die Waren, die zollfrei oder mit verminderten Zollsätzen nach dem Saargebiet kommen können, kontingentiert. Es gelang aber durchzusetzen, daß Maschinenersatzteile nicht kontingentiert werden. Allerdings ist ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden, der in jedem Fall zu prüfen hat, ob die Ersatzteile nicht aus Frankreich bezogen werden können und ob die Einfuhr aus Deutschland im Interesse der Arbeiterschaft liegt und andere ähnliche Dinge mehr. Dann werden die Zollsätze ermäßigt ohne Rücksicht auf die einzuführende Menge.

Paris, 11. Juli. In der heutigen Kammerdebatte legte der Handelsminister Chaumet das Gesetz vor, worin die Zustimmung zu dem heute zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Saarabkommen gefordert wird. Eine Debatte fand nicht statt. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen und sofort dem Senat überwiesen, der ihm in seiner heutigen Abenddebatte seine Zustimmung gab. Nach einem Bericht des Senators Rompard.

Ein Protestfall zur Verhinderung des Wirtschaftskrieges.

Gleichzeitig mit dem Saarabkommen wurde heute von Trendelenburg und Chaumet ein Protokoll unterzeichnet, welches sich darauf bezieht, daß die Handelsvertragsverhandlungen am 15. September wieder aufgenommen werden sollen, in der Hoffnung, feineren Kampfmaßnahmen, ob in Frankreich oder in Deutschland, eingeführt werden sollen, die ausschließlich oder besonders gegen den anderen vertragschließenden Teil gerichtet wären.

Abd el Krims 30 Kilometer vor Taza.

Paris, 11. Juli. Sämtliche Morgenblätter veröffentlichten heute Berichte, in denen über die schweren Kämpfe und die hartnäckige Verteidigung der französischen Position bei Taza, genannt das Tor von Taza, gemeldet wird. Man vergleicht diese Kämpfe mit den Verteidigungskämpfen, die vor Verbunden wurden und schildert nicht nur den Mut der französischen Soldaten, sondern auch die unerhörte wilde Entschlossenheit und Hartnäckigkeit der Rifkämpfer. Zum erstenmal wird berichtet, daß sich in den Reihen der Rifkämpfer auch Frauen befinden, die den Streitern ununterbrochen Mut einflößen und Flüchtlinge mit roter Farbe bestreichen, um nachher feststellen zu können, daß sie aus den Reihen entflohen sind. Die Kämpfe um Taza sind in ein sehr ernstes Stadium getreten. Fast sämtliche Zeitungen suchen zu beruhigen und teilen mit, daß die Lage in diesem Kampfabschnitt sehr kritisch geworden ist. Man solle doch nicht so weit gehen, die Bedeutung Tazas, falls dieser Platz in die Hände Abd el Krims fallen sollte, zu unterschätzen, sondern man wolle darauf hin, daß Taza für die Rifisten einen wichtigen Stützpunkt abgeben

werde. In Pariser Meldungen wird angegeben, daß die Vorposten Abd el Krims in stetem Wachsen begriffen sind. Seine Truppen befinden sich nur noch zwanzig Kilometer von Taza entfernt, das ernstlich bedroht sei. Aus Rabat wird berichtet, daß der Kommandant eines Bataillons namens St. Julien in den Kämpfen bei Taza durch einen Schuß in die Brust getötet wurde. Die diplomatische Mitarbeiter der hiesigen Ausgabe der „Daily Mail“ teilt, sind mehrere französische Kriegsschiffe an der Marokkoküste eingetroffen, um an der Blockade teilzunehmen. Ferner sind an verschiedenen Punkten an der Marokkoküste im Laufe der letzten Tage spanische Truppenkontingente ausgeladen worden, die dazu bestimmt sind, mit den französischen Truppen zusammen vorzugehen. Kleinere spanische Kontingente haben bereits mit den französischen Truppenabteilungen zusammen gelangt. Die Truppen Abd el Krims sind ziemlich weit gegen Taza vorgedrungen und verhalten sich überall Dörfer und Städte, die sich Abd el Krims noch nicht angeeignet haben.

Geringe Aussicht auf Frieden.

Paris, 11. Juli. Wie aus Madrid berichtet wird, ist das Ergebnis der französisch-spanischen Konferenz in der Frage eines militärischen Zusammenwirkens in Marokko gleich Null. Kein praktisch gesprochen, hat die Konferenz zu den früher bereits ausgeführten Maßnahmen nur die Festlegung gemeinschaftlicher Friedensbedingungen gebracht. Wie der Madrider Korrespondent der „Weltmeister Gazette“ mitteilt, wird Abd el Krims nur die Autonomie, aber nicht die Unabhängigkeit angeboten werden. Der Madrider Korrespondent des Blattes hält dieses Friedensangebot für vollkommen verfehlt und ausschütlos. Der Madrider Korrespondent der „Times“ meldet, daß Abd el Krims in der letzten Zeit unvorstellbar geworden sei und auf keine Weise Erfolg gegen die Franzosen hinweisen könne. Demgegenüber wird er eventuelle Friedensangebote entschieden zurückweisen.

Paris, 11. Juli. Es bestätigt sich, daß die spanische Regierung auf der Marokkokonferenz in Madrid die Beratung und Beschlußfassung davon abhängig gemacht hat, daß Spaniens Wünsche bezüglich Tanger berücksichtigt würden. Es wurde dem Franzosen bündig herausgeplatzt, daß, wenn sie auf militärische Hilfe von Spanien rechnen wollten, sie sich bei England dafür einsetzen müßten, daß die spanischen Tagerwünsche durchgeführt werden.

Um die Sanktionsstädte.

London, 10. Juli. In der Erklärung des belgischen Außenministers, daß während die Kahräumung nur eine Angelegenheit sei, die Paris und Brüssel angeht, die Räumung der drei Sanktionsstädte auch mit allen anderen Alliierten diskutiert werden müsse, wird hier bemerkt, daß man diese Ansicht nicht teilen kann. Man erinnert hier daran, daß England vor längerer Zeit nach der Ruberzeugung sich aller Verantwortung, sowohl de facto als auch de jure, für die fortwährende Besetzung der drei Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg entledigt habe.

England und die Tangerzone.

London, 11. Juli. Der „Daily Express“ ist heute in der Lage, den Inhalt der englischen Antwort auf die spanische Note in der Tangerfrage zu veröffentlichen. Darin heißt es, daß Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen es nicht zulassen könne, daß Truppen nach Tanger geschickt werden, da die Rifkämpfer nicht die Absicht hätten, die Neutralität dieses Gebietes zu verletzen. Derartige Maßnahmen würden eine solche Verletzung durch die Rifkämpfer nur provozieren. Die englische Note sagt, daß man eine kombinierte Aktion, die durch Frankreich und Spanien durchgeführt werden würde, nicht wünschenswert und erklärt, daß Großbritannien die Projekte der beiden Länder in Bezug auf eine Ueberwachung längs der Südgrenze des Tangergebietes nicht ermutigen könne. Ein weiterer spanischer Vorschlag wird von Großbritannien ebenfalls abgelehnt. Man regt an, daß die Eingeborenenstimmen in der internationalen Zone entsagert werden sollen. Sie besitzen Waffen, aber nur in beschränktem Maße. Die englische Regierung glaubt, daß die Gefahr durch diese Stämme nicht ernst zu nehmen sei, daß sie aber ernst werden könnten, wenn man die Entwaffnung vornehmen wollte. Alle Rechte über den Waffenbeschlag in der Tangerzone seien übertrieben und könnten nicht dazu dienen, die von Spanien vorgeschlagenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Infolgedessen würden sich die englischen Operationen darauf beschränken, bei der Ueberwachung der territorialen Grenzen von Tanger mitzuwirken. Eine Forderung Frankreichs und Spaniens, daß die Drei-Meerezone in den Tangergebüden ausgedehnt werden soll, wird von England abgelehnt. Die Ordnung werde in der

Tangerzone weiter durch einen belgischen Offizier und einige hundert Polizisten aufrecht erhalten werden. Die Blockadedelegationen würden nicht ausgedehnt werden.

Frankreich gegen eine internationale Sicherheitskonferenz.

London, 11. Juli. „Times“ meldet aus Pariser politischen Kreisen, dort werde vermutet, daß die deutsche Antwortnote vielleicht die Vorschläge der französischen Note nicht, wie gehofft wurde, im einzelnen erörtern werde. Eine internationale Konferenz im jetzigen Stadium, die Deutschland ausschließend vorziehen würde, sei nicht erwünscht, dagegen nach französischer Ansicht eine weitere Entwicklung der Vorschläge und dann erst Erörterung durch Bevollmächtigte.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Westen kommt wegen Kondensierungen nicht zur vollen Geltung, die von einer Depression im Norden ihren Ausgang nehmen. Für Dienstag und Mittwoch ist unter diesen Umständen, wenn auch vorwiegend trocken, so doch mehrfach bedecktes, unbedeutendes Wetter zu erwarten.

Engelobronn, 12. Juli. Anlässlich seiner zweijährigen Direktorenschaft sowie in Würdigung seiner Verdienste um den Verein wurde Herr Hauptlehrer Feig vom Viederkranzberg goldene Sängerring überreicht. Anschließend daran fand sich die in Liebessell preisgekürnte Sängerschaft am Sonntag nachmittags im Birich zusammen, um sich an einem feierlich gestellten Joh. Herbstfest in sangefroher Stunden gütlich zu tun.

Wärruweg

Baiersbrunn, 12. Juli. (Hausensturz.) Das einem Wärruweg gehörende Haus Nr. 20 stürzte vor einigen Tagen plötzlich zur Hälfte ein. Es wurde bereits seit acht Tagen vom Wasser unterpflutet, wobei die Grundmauern und das Erdreich ins Rutschen kamen. Man vermutet allgemein, daß das Wasser von einer unterirdischen Quelle, die früher einen Brunnen versorgte und die vor etwa 30 Jahren zugeschüttet wurde, herrührt. Da das Wasser immer noch weiter fließt, wird befürchtet, daß auch der andere Teil nachstürzt.

Stuttgart, 11. Juli. (Ein zeitgemäßer Wohnung.) Die Stuttgarter Jugendgerichtshilfe, der die Betreuung und Fürsorge für die kriminell gewordenen und gefährdeten Jugend obliegt, richtet an die Presse die Bitte, sich in der Berichterstattung über den Norddeutschen Ringerklub bezüglich der Schuldschleichen Angelegenheiten und all der Einzelheiten möglichst Beschränkung aufzulegen, um nicht bei einer großen Anzahl von Menschen die niedrigen Instanzen, Wollst und Fremde am Grasamen zu wecken, während ein tschischer oder abschreckender Erfolg kaum zu erwarten ist. In die Jugend wird ohnehin durch Kino und Zirkus, sowie durch den tiefen Stand der Volkswirtschaft und unzureichendes Niederziehendes herangezogen.

Retzweit, 11. Juli. (Verächlicher Todschlag.) Das Schwurgericht hat den letzten Tagelöhner Matthäus Bäcker von Wittenhof O.L. Trenzelnacht wegen verurteilten Todschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bäcker hatte am 10. Juni des Jahres auf die ledige Barbara Baur in Ransbrunn, die mehrere Kinder von ihm hatte, drei Schüsse abgegeben, wovon sie einer in rechte Wange traf. Außerdem hatte er ihr mit dem Taschenmesser zwei Schüsse am Hals beigebracht, angeblich um ihr einen Denksatz zu geben, weil sie einen anderen heiraten wollte.

Berndorf, 11. Juli. (15 Kilometer.) Die Gemeindegrenze für Kraftfahrzeuge innerhalb der Ortsgrenze hat der Gemeinderat auf 15 Kilometer herabgesetzt. Dieses Beispiel verdient Nachahmung. Man sei gefälligst sehr vermieden werden, wenn die frühere Ortsgrenze auf 15 Kilometer in allen Städten wieder eingeführt würde.

Ulm, 11. Juli. (Ein Glücklicher.) Ein Reichswehrsoldat zog aus dem Städtchen des Neu-Ullmer Volksfestes mit dem ersten Los eine prächtige Stadtbahn und mit dem zweiten einen ebenso preiswerten Regulator.

Günzburg, 11. Juli. (Erfahrungen.) Gestern morgen wurde in seinem Geschichtszimmer der verstorbenen Hausherrn Güter tat aufgefunden. Er hat seinen Leben durch Erbschaft ein Ende bereitet. Als Grund zu der Tat werden geschäftliche Sorgen vermutet.

Hall, 12. Juli. (Betrügerischer Bankrott.) Der 33 Jahre alte, ledige, frühere Sägemerksbesitzer Gottlieb Groedel von Hirtental, Obere Nuppertschloß, D.M. Gaidorf, wurde wegen eines Vergehens des betrügerischen Bankrotts in einer Handlung zusammenhängend mit einem Vergehen des einfachen Bankrotts und eines weiteren Vergehens des einfachen Bankrotts, sowie wegen sieben Vergehens des Betrugs zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, abzüglich sieben Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Seine Hauskammer, die 31 Jahre alte Kleinhändlerin Margarete Pfeiffer von Gelnitz in Schellheim, wurde wegen eines Vergehens der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott zu der Gefängnisstrafe von sieben Monaten verurteilt. Der Angeklagte hatte, nachdem er als Schuldarbeiter seine Zahlungen eingeführt hatte, Vermögensgüter befreit geschafft bzw.

Dunkle Mächte.

5) Krimina-Roman von Friedr. v. Zöllner.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin 88, 66, 1925.

„Der Spitzbuben jagen Sie!“

„Gewiß, die Polizei ist längst der Ansicht, daß es sich bei den rätselhaften, fast unheimlichen Vorfällen um mehrere Verbrecher handelt, die Hand in Hand arbeiten.“

„So, so! — Bitte, erzählen Sie weiter.“

„Die Räufte in der Reihe der Bestohlenen war Frau Geheimrat Bürger, ein alte, fleißige, fleißige Dame, die mit ihrer Bedienung ein Stockwerk unter den Linden bewohnt. Dort gelang es den Verbrechern, am hellen Tage in einem unbewachten Augenblick die Schmuckkassette vollständig auszuräumen. Es folgten dann noch, wie Sie ja sicher aus den Zeitungserichten wissen, eine ganze Anzahl von Diebstählen, die sich aber alle in einem Punkte gleichen. In allen Fällen wurde nämlich nach vorangegangener Versteckung ein wertvoller Schmuck vermißt.“

„Ihre Erzählung genügt mir“, unterbrach ihn hier der Detektiv, der sich, während der Konversation sprach, fortwährend Notizen gemacht hatte. Er schlug das Notizbuch zu und erhob sich.

„Dürfte ich jetzt noch Ihre Frau Gemahlin und Ihre Kleine Tochter sprechen, Herr Kommerzienrat?“

„O, Herr Kommerzienrat.“

„Zwei Minuten später waren die Damen anwesend.“

„Sie waren nicht wenig erstaunt, einen Schloßergehilfen vorzufinden und sehr überrascht, als Sie dann erfuhr, wer sich unter dieser Maske verbarg. Der Detektiv ließ ihnen aber nicht viel Zeit, sich ihrem Erkennen hinzugeben, sondern ging sofort zu dem Prozedere seines Kommens über, indem er Frau Scharwächter bat, zu erzählen, wie sie das Fehlen des Schmuckes entdeckt habe.“

„Das war bald geschehen.“

„Sie hatte, im Begriffe, zum Morgenkaffe und Wohnzimmer hinüber zu gehen, die Kassette aufge-

nommen und gleich gefühlt, daß sie bedeutend leichter war als sonst.“

„In danger Ahnung hatte sie aufgeschlossen.“

„Die Kassette war leer.“

„Darauf hatte sie ihren Mann benachrichtigt, der sofort am Telefon gerufen war, um die Polizei zu benachrichtigen.“

„Rehr konnte sie nicht ausfragen.“

„Koch weniger vermochte Fräulein Scharwächter anzugeben. Das einzige, was Robert Wallner von ihr erfuhr, war, daß die Spitzbuben ganz außerordentlich vorsichtig zu Werke gegangen sein mußten, da sie, trotzdem jene offenbar zweimal an ihrem Zimmer vorbeigegangen waren, auch nicht das Geringste gehört hatte.“

„Sie war blaß vor Erregung, und der Detektiv, auf den ihre Schämheit ersichtlich diesen Eindruck machte, rief ihr, halb im Scherz, halb auch mit ernsthaftem Nachdruck, einige Stunden zu ruhen.“

„Sie lächelte.“

„D, Herr Wallner, mir fehlt nichts. Ich bin nur etwas müde, trotzdem ich, wie ich Ihnen vorhin schon sagte, die ganze Nacht hindurch fest geschlafen habe. Wegen Abend werde ich wieder ganz munter sein.“

„Das wissen Sie so genau, gnädiges Fräulein?“ fragte Wallner, hauptsächlich, um ihre Gegenwart noch einige Augenblicke genießen zu können.

„Ganz genau, Herr Wallner. Ein solcher Müdigkeitsanfall pflegt bei mir höchstens drei oder vier Stunden zu dauern und schwindet dann ohne alle Nachwehen.“

„Er sah sie einen Augenblick erstaunt und mit verdecktem Lächeln an.“

„Koch Ihren Worten muß ich annehmen“, entgegnete er dann, „daß Sie häufiger unter solchen Umständen zu leiden haben, gnädiges Fräulein.“

„Ach Gott, „leiden“ ist wohl zu viel gesagt. Ich bin eben dann und wann einer seltsamen Müdigkeit unterworfen, so ungefähr, wie wenn ich früher Stundenlang für die Schule gearbeitet hätte. Weiter ist nichts.“

„Sie sollten sich trotzdem einmal einem Arzt anvertrauen.“

„Das ist bereits geschehen“, flücht die Mutter ein. „Herr Sanitätsrat Dr. Böhmke — übrigens auch eines von den Opfern der Diebesbande — fand aber nichts Krankhaftes und beruhigte uns vollkommen.“

„Wieder drückte sich in den Augen Wallners ein verdecktes Aufhorchen aus.“

„Sich da!“ sagte er dann, scheinbar scherzend, „also sogar die Wissenschaft und ihre Jünger sind nicht sicher vor den raubhiesigen Klauen unserer verborgenen Gegner? Was wurde denn dem alten Herrn, den ich übrigens kenne, entwendet, gnädige Frau?“

„Eine Brillantnadel, ein außerordentlich wertvolles Geschenk von hoher Seite, ich glaube, von irgendeiner Fürstlichen.“

„Und wie geschah der Diebstahl?“

„Wenn ich mich recht entsinne, wurde ihm die Nadel auf einer kleinen Abendgesellschaft entwendet, nicht wahr, Walter?“

„Ganz recht, Klara“, bestätigte der Kommerzienrat. „Wir waren ja selbst an dem Abend zugegen. Es muß ganz gegen Schluß des Abends geschehen sein, denn kurz vor unserem Aufbruch trug er die Nadel noch, das weiß ich bestimmt.“

„So.“

„Der Detektiv schien einen Augenblick nachdenklich; dann wandte er sich wieder dem jungen Mädchen zu.“

„Herr Sanitätsrat Dr. Böhmke glaubte Sie also in Bezug auf Ihre Gesundheit völlig beruhigen zu können, gnädiges Fräulein?“

„Gewiß, Herr Wallner. Er lochte mich auf wegen meiner Schwarzscherer.“

„Nun, ich hoffe herzlich, daß der alte Herr sich nicht geirrt hat. — Doch nun darf ich mich wohl verabschieden, meine Damen? Ich möchte mich allen Aufmerksamkeiten in unserer Angelegenheit weitere Schritte tun.“

(Fortsetzung folgt.)

und einige
Hochadobe-
konferenz.
Kontrollen
politischen
Antwortnote
sch, wie ge-
international
auf Anstalt
nach fran-
schlätze und
ung.
kommen
von einer
für Dien-
auch vor-
beibehalten
Jährigen Di-
ste am den
berfahren der
baran fand
Sonntag
gehört
lich zu tun.
em Münchener
die Hälfte
terfall, sodas
Nas
schen Quecks
zu 30 Jahren
noch weiter
erst.
Die Stun-
folge für die
richtig an die
Nordost
und als der
nicht bei einer
Wollst
schlächter oder
Jugend wird
den Stand der
herangezogen.
Schwurgericht
tenborf D.A.
Angang milde-
treilt, Wöhner
bar in Kasse
se abgeben,
te er ihr mit
angebild
weisen wollte.
wichtigkeit für
Anstand auf
Nachschubung.
frühere Ge-
en wieder ein-
wehrtolbat Cos
den ersten Cos
ebenfalls preis-
wurde in
der Stütz tat
ende bereit.
33 Jahre alte,
on Hinteinal,
es Verbrechen
kommenstehend
a weiteren Ber-
Vergehen des
Monat, ab-
Seine Haus-
er von Gleiwi
schulle zum be-
weisen Wöhner
Schuldner sehr
geschult bzw.
einem Arzt
die Mutter
überigen
unde - fand
und voll-
Ballner's ein
ar scherzend,
Jünger sind
uen unseiner
dem alten
bet, gnädige
entlich wert-
glaube, von
rde ihm die
st entwendet.
Kommertien-
end zugegen.
sehen sein,
er die Rabel
näd nachden-
lungen Wä-
lste Sie also
berühmigen
te mich auf
alte Herr sich
ich wohl ver-
nen allen Auf-
Schritte tun.
guna' folat)

weise zu schaffen verläßt, auch einzelne Gläubiger zu begünstigen versucht und auch durch Aufwand übermäßige Summen verbraucht. Außerdem sind ihm noch sieben Betrugsfälle zur Last gelegt, die er dadurch verurteilt, daß er an zwei Staatsparter Firmen Breiter zu liefern versprochen und sich hierauf Anzahlungen in Höhe von 500 bis 570 Mark machen ließ, ohne jedoch die Lieferungen zur Ausführung zu bringen. Auch verlor er es, sich auf betrügerische Weise größere Vermögenswerte und einen Elektromotor zu verschaffen und schließlich einen Wert in Cassinhoff um einen Betrag von 175 Mk. zu stehlen.
Der Mergentheim. 11. Juli. (Feldmarschall von Höhendorf.) Feldmarschall Conrad von Höhendorf, der seit acht Wochen in unserem Bade weilt, ist nach außerordentlich schwerer Erkrankung jetzt soweit wieder hergestellt, daß er in Begleitung Ther. Czallenz, der die Pflege selbst übernommen hat, wieder kleinere Spaziergänge unternehmen kann. Der große Park bei Höhendorf ist bei Einwohnern und Gästen, von denen ihm zahlreiche Aufmerksamkeiten erwiesen werden, sehr beliebt und Gegenstand häufiger Visitationen.

Baden.

Worheim, 12. Juli. Der Streik in der Schuhwarenindustrie konnte immer noch nicht beigelegt werden. Wenn man bedenkt, daß die Worheimer Schuhwarenindustrie 34000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, abgesehen von den nicht beteiligten Angehörigen, so kann man ermessen, wie tief der Lohnsturz in die wirtschaftlichen Zustände der Stadt eingreift.
Karlsruhe, 11. Juli. Vor den Schranken des Schwurgerichts stand der 37jährige Metzger und Wirt Ernst Friedrich Augenstein aus Jöpingen wegen fahrlässigen Mordes an seinen Kollegen. Der Angeklagte war unter den fahrlässigen Mörder des Industriellen Herrn Augustin, der sich am 15. April in Unterjuchinghof befindet, hatte am 1. Februar 1921 vor dem Amtsgericht in Würzburg ein Verbrechen begangen, da er bei einer Vermählungsfeier in der Wohnung des Bräutigams einen Krug Bier zerbrochen und damit etwa 6310 Mark in Gold und Silber in Schutt und Asche zu verurteilen. Er wurde freigesprochen, da er sich nicht als Mörder der Frau Augustin, sondern als Teilnehmer an der Vermählungsfeier verhalten habe. Der Staatsanwalt hatte eine längere Gefängnisstrafe wegen fahrlässigen Todes beantragt.
Wollach, 12. Juli. In der hiesigen Mühle brach abends gegen 11 Uhr Feuer aus, das alsbald das ganze vierstöckige Gebäude in Flammen legte. Die Hausbesitzer und die Schramberger Feuerwehren trafen sehr bald mit ihren Motorspeisen ein, und erst jetzt konnte dem Feuer energisch zu Leibe gerückt werden, da vorher die Arbeiter der Wollacher Mühle sehr unter Wassermangel zu leiden hätten. Eine zeitlang war sogar der südliche Stadteil in Gefahr, und es bedurfte aller Anstrengungen, um ein Liebergraben des Feuer zu verhindern. Das große Gebäude ist fast völlig ausgebrannt. In dem dort wohnende Familie Kämmerer konnte nur das nackte Leben retten. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt. Der Schaden ist erheblich. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Bermittlichtes.

Der gestohlene Hingerring. Die der Sozialretromobil gehörige Jankerlingmaschine D. 303, die außer dem Fahrer zwei Passagiere und einen Filmphotographen an Bord hatte, der die Stadt Dellingsdorf aus der Vogelperspektive filmen wollte, stürzte infolge Versagens des Motors in der Nähe des Filmclubs Nationaltheaters in Dellingsdorf aus 200 Meter ab, wobei das Flugzeug vollkommen zertrümmert wurde, während die vier Insassen mit leichten Verletzungen davon kamen. Der Photograph filmte fastblütig den Absturz bis zum letzten Augenblick.
Eine entmenschte Mutter. Im Dorfe Ronthe im Kanton Wallis hat die 47jährige Bäuerin Marie Monnay ihren 14jährigen Sohn durch Schläge mit einem Stück Holz getötet, um sich in den Besitz einer Summe von 16000 Franken zu setzen, auf die sie sein Leben versichert hatte. Vorher hatte sie einen Kondarbeiter überreden wollen, gegen Bezahlung von 100 Franken die Tat auszuführen. Als der Knack sich weigerte, erklärte ihm die Bäuerin, wenn er auch ihren, ebenfalls hochverschuldeten 27jährigen Sohn töte, werde er für beide Morde zusammen 5000 Franken erhalten. Auch dieses Anbieten wurde abgelehnt. Nun schritt sie selbst zur Tat und zwar erschlag sie ihren Sohn, wie sie dem Untersuchungsrichter fastblütig erzählte, in Gegenwart ihres neunjährigen Tochterchens. Die in zweiter Ehe verheiratete Mörderin steht unter dem Verdacht, ihren ersten, gleichfalls verheirateten Gatten vergiftet zu haben. Auch ihren zweiten Gatten hatte sie verheiraten wollen, aber dies war an dem vorgeschrittenen Alter des Mannes gescheitert.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Juli. (Obst- und Gemüse-Markt.) Erdbeeren 50-60, Himbeeren 40-50, Stachelbeeren 20-25, Johannisbeeren 20-25, Heidelbeeren 40-45, Säfte Kirchen 30-50, Kirschen alte 5-6, neue 10-12, Kirschen 5-10, Wirsing 15-18, Weißkohl 12-15, Blumenkohl 20-30, Rote Rüben 1 Bd. 10-12, Gelbe Rüben 5-15, Karotten 12-20, Zwiebeln 10-12, mit Rohr 8-10, Ketteln 5-8, Or. Gurken 20-30, Spinat 15-20, Mangold 10 bis 15, Kohltuben 5-8, Rabarber 6-10, Bohnen 30-40, Br. Erbsen 12-15.
Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 30-35 Mk. - Gemü.: Saugschweine 30-40, - Hedlingen: Milchschweine 25-44, - Ludwigsburg: Käufer 48-75, Milchschweine 30-44, - Nagold: Milchschweine 28-33, Käufer 48-60, - Oberkochen: Milchschweine 25 bis 38, - Dellingsdorf: Milchschweine 30-40, Käufer 55-65, - Ochsenhausen: Milchschweine 33-40, - Riedlingen: Milchschweine 33-40, - Muttlingen: 180-200, Käufer 50-70 Mk. pro Stück.
Schmalzpreise. Milchschweine: Feckel 33-38, Käufer 58-65 Mk. - Bernhausen: Milchschweine 30-35, Käufer 70-100 Mk. - Creglingen: Milchschweine 30-40 Mk., - Gaildorf: Milchschweine 38-44 Mk., - Isfeld: Milchschweine 30-45 Mk., - Nürtingen: Käufer 80-100, Milchschweine 30-42 Mk., - Wörzheim: Milchschweine 28-35 Mk., - Spaichingen: Milchschweine 30-40 Mk., - das Stück.
Fruchtpreise. Kalen: Aeren 14.80, Weizen 13.50-14.50, Roggen 12-12.90, Gerste 12-13.50, Haber 12.50-13 Mk., - Heidenheim: Weizen 12.80, Roggen 11.60, Haber 12, - Nagold: Weizen 12.50-15, Dinkel 9.50-9.80, Gerste 12, Haber 10-12, Roggen 12, - Nürtingen: Gerste 10.50-11, Haber 12-12.50, - Ulm: Dinkel 9.20-9.50, Gerste 12.50-13.50, Haber 12-13.20, Weizen 14, Roggen 11.50 Mk. pro Zentner.
Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Börse. Die bisherige Einseitigkeit und die feste Grundtendenz an der Börse ist völlig im Schwanken begriffen. Das Gesamtbild an der Börse trägt ein nervöses und unsicheres Gepräge. Es lag eine Reihe von Momenten vor, die die Börse zur Zurückhaltung veranlassen. Der Hauptgrund der Schwäche lag in dem Misserfolg der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Dazu kam noch, daß die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrags gleichfalls als bevorstehend gemeldet wurde. Nach beunruhigenden den andauernden Diskussionen über den Eisenbesatz. Die Börse steht der deutschen Antwortnote auf den Eisenbesatzvermerk mit Besorgnis entgegen, da man glaubt, daß sie nach der französischen Ant-

wort nur negativ ausfallen könne. Solange die außen- und innenpolitischen Verhältnisse, insbesondere unsere handelspolitische Außenlage sich nicht bessern, ist mit einem härteren Verkehr an der Börse nicht zu rechnen.
Geldmarkt. Die Lage am Geldmarkt ist schwierig zu übersehen. Am offenen Geldmarkt ist fast keine Entspannung eingetreten. Die Sätze betragen für Tagesgeld 8-10%, für Monatsgeld 10%-11% Prozent. Es hat sich von neuem gezeigt, daß die Liquidationspannungen immer länger andauern als die einzelnen Monatskreditoperationen. Die allgemeine Liquidationspannung macht sich deutlich bemerkbar, seit der Zufluß der Auslandsgelder ins Stocken gekommen ist. Ein bedeutendes Zeichen ist unsere ständig passiv Handelsbilanz, die sich im Durchschnitt um eine Monatsziffer von 200 Millionen Mark bewegt. Diese Unterbilanz muß aus dem freien Verkehr der Reichsbank gedeckt werden, ein Zustand, der bei längerer Dauer den Geldmarkt sehr ungünstig beeinflussen wird.
Produktenmarkt. An den Produktenbörsen ist das Geschäft äußerst gering. Die amerikanischen Weltbörsen über einen günstigen Aufschwung der Ernte drücken auf die Preise. An der Stuttgarter Landesproduktbörse blieben Weizen und Stroh mit 5 bzw. 7 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 361 (-9), Roggen 230 (+5), Winter- und Futtergerste 216 (-2), Hafer 240 (-1) Mark je pro Tonne und Wehl 36 (unv.) Mark pro Doppelztr.
Warenmarkt. Der Stand der Warenmärkte ist unangenehm und uneinheitlich. Die ungeklärte politische und wirtschaftliche Lage ließ keine Stagnation aufkommen. Die Großhandelsbilanz ist um 0,5 Prozent auf 13,4 gestiegen. Auf dem Metallmarkt sind die Preise bei geringem Geschäft fester geworden. Auf dem Eisenmarkt verstärkte sich die Zurückhaltung und die großen Werte zeigten sich zu Bescheidigungen bereit. Der Rohstoffmarkt befindet sich in großer Bedrängnis; vor allem drückt die Konkurrenz aus Übersee. Von dem allgemeinen Preisrückgang, wie er seit Monaten erstrebt wird, ist namentlich bei den Lebensmittelpreisen, wenig zu hören.
Wiedermarkt. Nachdem die Viehpreise auf den letzten Schlachttiermärkten wieder heruntergegangen waren, hat auch auf den Fleischmärkten die längst erwartete Rückwärtsbewegung der Preise eingesetzt. Doch ist die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen nach wie vor zu hoch und die Fleischpreise, besonders in Wurstwaren, müssen noch weiter absinken.
Solzmärkte. Auf den Solzmärkten war entsprechend der Jahreszeit die Nachfrage sehr gering. Die Preise blieben unverändert.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Juli. Reichsinnenminister Schiele richtete an sämtliche Landesregierungen einen Erlaß über die Feler des Verfassungstages. Danach hat die Reichsregierung beschlossen, auch in diesem Jahre den Verfassungstag in derselben Weise wie im vorigen Jahre zu begehen. Der Reichsinnenminister rät an, nicht nur in den Landesparlamenten, sondern möglichst in allen Städten und Ortschaften von den Behörden gemeinsame amtl. Feste zu veranstalten. Für die Reichsbehörden ist Anweisung ergangen, daß die Dienstgebäude vorchristlich zu flaggen haben. Den Beamten soll, soweit es die Dienstverhältnisse gestatten, Dienstbefreiung auf Antrag zur Teilnahme an Feiern gestattet werden. In den Reichsinnenministerien ist der Dienstausschluß auf 1 Uhr mittags festgelegt.
Berlin, 11. Juli. Zur Postkammer über die Beschränkung der deutschen Postverwaltung nahm der Deutsche Industrie- und Handelskongress durch seinen Präsidenten in einem Schreiben an den Reichskongress scharf ablehnend Stellung. Die Note solle sich, so wird in diesem Schreiben ausgeführt, als ein Anschlag dar, nicht nur gegen die deutsche Technik, sondern gegen den technischen Fortschritt der Menschheit und überhaupt als eine schwere Schädigung der Wirtschaft und Industrie.
Berlin, 12. Juli. Die Morgenblätter melden aus Memel: Am Freitag fanden im Memelgebiet die Wahlen zu den drei memellischen Kreislagern statt. Die Wahlen ergaben einen vollkommenen Sieg des Autonomiebundes, der fast sämtliche Sitze in den drei memellischen Kreislagern einnehmen wird.
Berlin, 12. Juli. Der Hölle-Untersuchungsausschuß stellte in seiner gestrigen Sitzung fest, daß sich ein Selbstmord hätte bei freier Willensbestimmung nicht ereignet, daß zum Tode Dr. Hoffes hätten beitragen sein würde der Eintritt in die Haft bestehendes Verbrechen, die Verschlimmerung dieses Verbrechen während der Haft durch ungenügende ärztliche und pflegerische Behandlung und Übermüdung der Haft, sowie die feilische Einwirkung von Versäumnissen und Härten seitens einzelner amtlicher Personen.
München, 12. Juli. Am Freitag trafen 500 heimattreue Ostmärker aus dem Reich in München ein, um den 5jährigen Ordenstag der Abhaltung in Süddeutschen Reich zu begehen. Unter den Teilnehmerinnen sah man Kultusminister Dr. Becker und Staatssekretär Meißner. Oberbürgermeister Jülich hielt die Festansprache. Darauf sprach der Vorkämpfer des Deutschtums im Osten, Max Wozig. Dann erglitz Kultusminister Dr. Becker das Wort. Am Sonntag fand die Grundsteinlegung für das Abblimmungsdenkmal statt.
Warschau, 12. Juli. Sämtliche Parteien nahmen den Artikel des Agrargesetzes an, der in erster Linie die Enteignung aller Güter deutscher Ansiedler ausspricht, deren Vorbesitzer das Gut von den Vorfahren unter der Bedingung übernommen hatten, es nicht an polnische Käufer weiterzugeben. Hieron werden vier Fünftel des deutschen Besitzes und neun Zehntel aller Ländereien des Westens getroffen, wodurch gerade das ertragsreichste Ackerland Polens zerstückelt wird.
Paris, 12. Juli. Im Department Seine fand heute eine Nachwahl zum Senat statt. Von den 731 gültigen Stimmen erhielt der Finanzminister Caillaux 641, der Rest mit 90 Stimmen war zerstreut. Damit ist Finanzminister Caillaux zum Senator gewählt.
London, 12. Juli. Der Kongress der Gewerkschaften, der am Samstag zusammentrat, hat einstimmig beschlossen, die Bergarbeiter zu unterstützen, falls sie in den Streik treten sollten. Nach einer anderen Meinung lag die Einigungsversuche der Regierung zusammengebrochen. Die Bergarbeiter weigern sich, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, bevor nicht die Bergwerksbesitzer die Kündigung des alten Abkommens zurückgezogen haben, sowie ihre Forderungen für das neue Lohnabkommen. Die Arbeitgeber haben dies abgelehnt, sind aber bereit, die Verhandlungen wieder dort aufzunehmen, wo sie abgebrochen worden sind. Die Bergarbeiter haben darauf geantwortet, daß sie die Ablehnung einer vernünftigen Forderung bedauern.
Konstantinopel, 12. Juli. Die Polizei drückte eine Geheimkonfession aus, die sich die Wiederherstellung des Kaisertums und die Angliederung Syriens und Mesopotamiens zur Aufgabe gemacht hatte. Fünfzig Personen sind bereits verhaftet worden.
Konstantinopel, 12. Juli. Die Anfang dieses Monats in Angora eingeleiteten deutsch-türkischen Verhandlungen über die Wiederherstellung der gegenseitigen Selbstbestimmung haben zu einer Vereinbarung geführt. Die deutsche sowohl wie die türkische Regierung haben insofern ihre Forderungen angezogen, die Erzeugung des anderen Teils bei der Einführung mit Wirkung vom 10. Juli ab wieder selbstbestimmt zu behandeln.
Württembergischer Landtag.
Stuttgart, 11. Juli. Am Montag wurde heute der Etat des Ministeriums des Innern behandelt und Minister Wolf teilte mit, daß sich die Regierung zurzeit mit der Entwurfungsnote beschäftige und mitten in Verhandlungen mit dem Reich darüber stehe, weshalb weitere Erklärungen darüber nicht abgegeben werden könnten. Der Berichtsausschuss wurde zu Bescheidigung der Note demnächst fertiggestellt, die Gemeindevorparlamenten im Herbst fänden noch nach den bisherigen Bestim-

mungen statt. Bei der Vereinfachung der Verwaltung kommt es neben der Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse vor allem darauf an, wirklich leistungsfähige Bezirke zu schaffen. Von der Rahmung zur Sparsamkeit an die Gemeinden hielt der Minister nicht viel. Es würden hart, von Maßnahmen angehen, keine unnötigen Ausgaben gemacht. Bei den Gemeinden seien die Ausgaben im Jahr 1924 gegenüber der Vorkriegszeit um 46, bei den Amtsförperschaften um 116 Prozent gestiegen. Bezüglich des Umlageplanes erklärte sich der Minister für völlige Freiheit. Erfolgreich waren die Mittellagen des Reiches über das ständige Wachsen der Sparanlagen. Bezüglich der Aufschreitungen in Tübingen gab der Minister eine Darstellung auf Grund des vorläufigen polizeilichen Ergebnisses. Volle Aufklärung jetzt schon zu geben, sei unmöglich, man müsse das Berichtverfahren abwarten. Die Studenten hätten auf dem Württembergischen Hause beschließen, die Versammlung von Dr. Gumbel unter allen Umständen zu verhindern und seien dabei über beraten gewesen. Bedauerlicherweise sei in Lustnau die Polizei zu spät eingesetzt worden. Das Oberamt hätte die Verpflichtung gehabt, etwas vorsichtiger zu sein und den Abzug nach Lustnau zu überlassen. Die Studenten müßten sich daran gewöhnen, auch politische Gegner in Ruhe streifen zu lassen. Während der Rede des Ministers gab es mehrfach erregte Szenen und der Abg. Mergenthaler (DkP) erhielt einen Ordnungsruf, der Abg. Hermann (Soz.) eine Rüge. Der Abg. Dr. Essig (Dem.) kritisierte den Sparerlaß der Regierung, die er vor den Bestrebungen des Reiches warne, die Länder in der Frage des Finanzausgleichs zum Schaden der Gemeinden auf seiner Seite hinüberzuziehen. Die akademische Jugend habe die Verpflichtung, Anderdenkende anzuhören. Bezüglich der Elektrizitätsversorgung sollte man den Anschluß an die hiesigen Werke ebenso suchen wie den nach Bayern. Der Abg. Winter (Soz.) brachte eine Reihe von Wünschen zur neuen Bezirks- und Gemeindeordnung vor, der Abg. C. Schumacher (Komm.) kritisierte die hohen Ausgaben für die Polizei und der Abg. Dingler (DkP) begrüßte den Sparerlaß an die Gemeinden mit dem Hinweis darauf, daß in Stuttgart unverkündet viel Geld ausgegeben werde. Der Abg. Dr. Schumacher (Soz.) besprach eingehend die Vorfälle in Tübingen, die er als studienförmigen Landfriedensbruch kennzeichnete. Der Rektor Dr. Adöler habe alles getan, um die Studenten in ihren Streunungsabsichten zu befähigen. Die Entschuldigungserklärung des Rats sei blödsinnig dumm und das Oberamt hätte den Kreuzweg nach Lustnau verhindern können. Gerechtere Anwendung des Gesetzes, die vor gesellschaftlichen Vorurteilen nicht halt machte, werde abfärdend wirken und eine Wiedereholung solcher Vorfälle unterbinden. Abg. Dr. Kooß (DkP) verteidigte die Studenten. Ein Mann wie Dr. Gumbel habe das Recht verdient, objektiv angehört zu werden. Das Oberamt hätte die Versammlung vollständig verbieten sollen und der Oberamtmann hätte sich nicht im Wirtshaus, sondern im Amt befinden sollen. Montag nachmittag Fortsetzung der Beratung.
Das Abschießungsgebot Scheidemanns.
Kassel, 11. Juli. Oberbürgermeister Scheidemann richtete gestern an den Magistrat das Ersuchen, seiner Pensionierung zum 1. Oktober 1925 zuzustimmen. Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, die für Montag einberufen wurde, soll die Kessung des Oberbürgermeisters durchzuführen. Als neuer Oberbürgermeister ist der Vizepräsident der Kasseler Regierung, der Demokrat Dr. Stadler, in Aussicht genommen worden.
Böhmum geräumt.
Berlin, 12. Juli. Das französische Infanterieregiment Nr. 91, die Stammtruppe der Besatzung der Stadt Bochum, rückte am Samstag nachmittag vier Uhr unter klingendem Spiel zum Hauptbahnhof, wo die Truppe verladen wurde. Die bisher hier in Garnison liegende Artillerie-Abteilung Nr. 2 rückte ebenfalls vollständig, vollkommen neu ausgerüstet, in Richtung Castray ab. Die Städte und Militärgerichtsbereiche ausgenommen, kann die Stadt als geräumt betrachtet werden. Diese letzteren Kommandos werden in der Nacht vom 19. auf 20. Juli, wie nunmehr bestimmt verlautet, Bochum verlassen. Auch in Gelsenkirchen hat die Verladung von Deeresmaterial begonnen.
Gegen die Anebelung der deutschen Luftfahrt.
Berlin, 12. Juli. Der Verband deutscher Luftfahrzeugindustrieurer veranstaltete, wie der 'Lokalanzeiger' meldet, am Samstag abend im großen Saal des Flugverhandlungshaus eine Protestkundgebung gegen die unerhörten Forderungen, durch die die neue Note des Reichsbundes der Entwicklung unserer Luftfahrtweilens den Todesstoß zu geben verliert. Verbandsdirektor Deckens wies im einzelnen nach, daß die Note des Reichsbundes im Gegensatz zu den Beschlüssen des Londoner Ultimatum nicht nur die berechtigteste, sondern auch die erfolgreichsten Forderungen, sondern über den bisherigen Zustand hinaus, außergewöhnliche Einschränkungen bringe. Würden die Forderungen angenommen, so bedeute das die sofortige und vollständige Stilllegung der deutschen Luftfahrzeugindustrie und des anschließenden Luftverkehrs. Als Vertreter der Reichsregierung führte Ministerialrat Brandenburg aus, daß das Kabinett noch nicht Stellung zu der Note genommen habe, da es vorher mit den Kreisen der Sachverständigen und Interessenten Rücksprache zu nehmen wüßte. In dieser Absicht habe es zum 16. Juli den Luftfahrt einberufen. Es lasse sich jedoch heute schon feststellen, daß einmal Verpflichtungen für uns zur Erfüllung solcher Forderungen weder aus dem Versailles Vertrag noch aus dem Londoner Ultimatum herzuleiten seien. Zum andern könne die Note nicht als Diktat angesehen werden, sondern die deutsche Regierung besitze volle Handlungsfreiheit. Zum Schluß erklärte Geh. Rat Prof. Bergesell, daß auch die deutsche Wissenschaft, für die die Luftfahrt ein unentbehrliches Hilfsmittel sei, sich diese Note nicht gefallen lassen werde.
Edener über die geplante Nordpolarpedition.
Königsberg, 11. Juli. Dr. Edener, der an der Tagung des Vereins Deutscher Zeitungverleger in Königsberg als Ehren-gast teilnahm, gab einem Pressevertreter ausführliche Erklärungen über seine Pläne sowie über seine Ansichten zu den gegenwärtig schwebenden Fragen der Luftfahrt. Bekanntlich hat die Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis das Angebot Dr. Edeners, ein 105 000 Kubikmeter-Luftschiff zu bauen und die Fahrt in die Arktis zu leiten, abgelehnt, da sie der Ansicht ist, daß der Bau eines 150 000 Kubikmeter-Luftschiffes notwendig sei. Demgegenüber wiederholte Dr. Edener, daß ein 105 000 Kubikmeter-Luftschiff durchaus die Anforderungen erfüllen werde und obendrein sich um insafamt 6% Millionen Mark billiger stelle. Besonders bedeutungsvoll war die Erklärung Dr. Edeners über die Aufbringung der Mittel für die Nordpolarpolarpedition. Dr. Edener hofft, daß ähnlich wie nach dem Götterberger Unglück bei dieser Expedition sich Gelegenheit bieten werde, das deutsche Volk zu einer Tat nationaler Einheit zu veranlassen. 'Seien Sie überzeugt', so erklärte er schließlich, 'wir führen die Pläne des alten Grafen Jepsell durch, die Erde wird gemacht.'
Neue Bestellungen
an den 18114 erscheinenden 'Süddeutschen' werden fortwährend von allen Volkskassen, Agenturen und unseren Abtragern entgegengenommen.

Verbesserungen in der Kriegsbeschädigten-Versorgung.

Berlin, 12. Juli. Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen setzte am Samstag seine Beratungen über die Bestimmungen des Artikels 1 der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz fort. Für die gesamte Verbesserung der Versorgung und nun der Reichsregierung 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, über deren Verteilung im einzelnen noch keine völlige Klarheit im Ausschuss erzielt ist. Das Gesetz selbst sieht eine Erhöhung der Bestimmungszahl und des Zuschlags zum Witwenlohn für Offiziere und deren Hinterbliebene vor. Daneben ist beabsichtigt, Verbesserungen im Vermögenswege durchzuführen, die für den Wegfall der Kriegs-, Trost- und Luftdienstzulagen sowie des Kampfschlags bei der besonderen Versorgung der Offiziere des Heer- und Marinestandes und ihrer Hinterbliebenen usw. einen gewissen Ausgleich schaffen sollen.

Zehrpelnspende des deutschen Volkes.

Wie der „Berliner Vorkämpfer“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, sind alle Schritte getan, um den Bau eines deutschen Zehrpelns für wissenschaftliche Zwecke zu ermöglichen. Die Summe von etwa vier Millionen, die zusammengebracht werden muß, soll durch eine Volksstiftung aufgebracht werden. Es sei beabsichtigt, zunächst eine ganze Anzahl verschiedener Wege einzuschlagen, um durch die kleinsten Beiträge jedem Deutschen zu ermöglichen, sich an der Stenographie zu beteiligen. Erstens sollen die deutschen Stadt- und Landgemeinden zwei Pfennig pro Kopf ihrer Einwohnerzahl beitragen. Zweitens: die Gewerkschaften werden drei Monate lang zehn Pfennig für Monat und Kopf zur Sammlung abführen. Die Arbeitgeber ihrerseits werden dieselbe Summe zahlen. Drittens auch die Beamten werden drei Monate lang zehn Pfennig auf den Kopf ihrer Organisation aufbringen. Viertens ist an eine deutsche Jugendstiftung gedacht, die auch wieder drei Monate lang je fünf Pfennig sammeln wird. Fünftens werden die Schulen und Vorkampfervereine versuchen, auf jedes Bilkett einen Zuschlag von ein paar Pfennig für den deutschen Zehrpelns aufzuschlagen. Endlich werden die Zeitungen ihrerseits auf eine noch zu verarbeitende Art zur Volksstiftung beitragen. Wie das Blatt weiter erfahren haben will, ist ein vorbereitender Ausschuss in der Konstituierung begriffen, dem die besten Leute Deutschlands ohne Unterschied der Parteien und der politischen Einstellung angehören sollen. Von einer Unterstützung durch die Regierung werde von vornherein abgesehen.

Deutsch-polnischer Zollkrieg.

Berlin, 12. Juli. Die polnische Delegation hatte in ihrer Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen ihre schon früher geäußerten Forderungen, die deutscherseits als unannehmbar bezeichnet worden waren, in vollem Umfang aufrecht erhalten. In seinem am Freitag überreichten Antwortschreiben hat der Vorsitzende der deutschen Delegation erneut darauf hingewiesen, daß man auf deutscher Seite wiederholt den von der Gegenseite geäußerten Wünschen entgegengekommen sei, das letzte Angebot

aber das Neueste darstelle, was vom Standpunkt der Interessen der deutschen Wirtschaft zugetrieben werden könne. Auch der Vorschlag der polnischen Delegation, ein Abkommen ohne zolltarifliche Restbegünstigung zu schließen, das nur die Anpassung des beiderseitigen Warenverkehrs seinem Wert nach bezwecken soll, sei praktisch undurchführbar und würde letzten Endes darauf hinauslaufen, daß die als Kampfmassnahme ausschließlich gegen Deutschland gerichteten polnischen Einfuhrverbote vom 1. Juni aufrecht erhalten und damit dem Teil einem Jahrzehnt gegenüber allen Ländern bestehenden deutschen Kohleneinfuhrverbot gleichgestellt würde. Ein Abkommen in dieser Form könnte auch schon deshalb nicht in Frage kommen, weil für Deutschland die zolltarifliche Restbegünstigung eine unumgängliche Voraussetzung für jede auch nur provisorische Regelung des Wirtschaftsverkehrs bildet. Bei dieser Sachlage scheint in der Tat, solange die polnische Delegation ihren Standpunkt nicht ändert, eine Einigung nicht möglich. Gleichzeitig hat aber der Vorsitzende der deutschen Delegation erklärt, daß die deutsche Regierung das von ihr gemachte Angebot aufrechterhält.

Warschau, 12. Juli.

Die erwartete Ministerratserordnung mit 30 Positionen neuer Einfuhrverbote deutscher Waren ist nicht ausgegeben worden.

Saunderversammlung der deutschen Zeitungsleger.

Königsberg, 11. Juli.

Die Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsleger, die sich mit wichtigen staatspolitischen und wirtschaftlichen Fragen befaßte. Der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, führte nach seinem Dank für den liebevollen Empfang u. a. aus: Der Verein Deutscher Zeitungsleger und die Vereinigung der Herausgeber der deutschen Zeitungen, die große, das ganze deutsche Zeitungsweesen umfassende Organisation, sieht ihre Aufgabe nicht etwa lediglich in der Förderung der wirtschaftlichen Belange des deutschen Zeitungsweesen, sondern weit darüber hinaus in der Pflege und Förderung aller Fragen und Angelegenheiten. Die Zeitung ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, aber sie ist zugleich die Trägerin wichtigster öffentlicher Aufgaben. Aus diesem Doppelpunkt ergeben sich für den Verleger Aufgaben so schwieriger und so vielfältiger Art wie kaum für einen anderen Unternehmer.

Die Hauptversammlung stellte in einer Entschliessung zur wirtschaftlichen Lage der Zeitungsverleger fest, daß sich die Lage von Monat zu Monat verschlechtert hat. Die Verhältnisse stellen die Zeitungsverleger vor die Notwendigkeit, u. a. im Verhältnis zu den Leistungen und Aufwendungen angemessene Bezüge- und Anzeigepreise durchzusetzen, besonders auch für Verlegungen außerhalb des üblichen Rahmens der Zeitungen. Eine weitere Entschliessung protestiert nachdrücklich gegen die ablehnende Haltung des Reichspostministeriums gegenüber allen begründeten Anträgen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger auf eine Herabsetzung der Post- und Fernspreckgebühren und wünscht eine weitgehende Ermäßigung in der Zustellung

von Zeitungen. Dann wurde der Vorstand neu gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Köln vorgesehen.

Königsberg, 12. Juli.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg sandte die Hauptversammlung nachstehendes Antwortschreiben: Die in Königsberg aus allen deutschen Gauen zusammengekommenen Herausgeber der deutschen Tageszeitungen entbietet Ew. Exz. erlauchter Gruß. Verammelt in der deutschen Ostmark, sind sie sich besonders der Pflicht bewußt, die Einigkeit des deutschen Volkes hoch über alle Parteiverpflüchtungen herbeiführen zu helfen. Nur durch die Einigkeit des Volkes kann die Reichseinheit gesichert und die vererbte Natur gewaltsam erzwingener Zerreißung urchenischen Gebietes der ganzen gestifteten Welt zur Erkenntnis gebracht und der friedliche Wiederaufbau Deutschlands zur Wirklichkeit werden. Hierzu zu kämpfen und die Welt über die Zustände im deutschen Osten aufzuklären, bleibt eine der wichtigsten Pflichten der deutschen Presse. Dankbar gedenken wir des Schülers Oberens in schwerer Zeit und vereinen unsere Wünsche für Volk, Reich und Reichseinheit mit Ihnen, Herr Reichspräsident, dem erwählten Führer des deutschen Volkes.

Ein Telegramm an Reichspräsident von Hindenburg.

Königsberg, 12. Juli.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg sandte die Hauptversammlung nachstehendes Antwortschreiben: Die in Königsberg aus allen deutschen Gauen zusammengekommenen Herausgeber der deutschen Tageszeitungen entbietet Ew. Exz. erlauchter Gruß. Verammelt in der deutschen Ostmark, sind sie sich besonders der Pflicht bewußt, die Einigkeit des deutschen Volkes hoch über alle Parteiverpflüchtungen herbeiführen zu helfen. Nur durch die Einigkeit des Volkes kann die Reichseinheit gesichert und die vererbte Natur gewaltsam erzwingener Zerreißung urchenischen Gebietes der ganzen gestifteten Welt zur Erkenntnis gebracht und der friedliche Wiederaufbau Deutschlands zur Wirklichkeit werden. Hierzu zu kämpfen und die Welt über die Zustände im deutschen Osten aufzuklären, bleibt eine der wichtigsten Pflichten der deutschen Presse. Dankbar gedenken wir des Schülers Oberens in schwerer Zeit und vereinen unsere Wünsche für Volk, Reich und Reichseinheit mit Ihnen, Herr Reichspräsident, dem erwählten Führer des deutschen Volkes.

Das französisch-spanische Marokkoabkommen.

Paris, 12. Juli. Wie aus Madrid gemeldet wird, ist in einer Volltagung der französisch-spanischen Konferenz das Abkommen unterzeichnet worden. Wie verlautet, geht dieses Abkommen darauf hinaus, daß Spanien und Frankreich eine gemeinsame Front gegenüber Abd el Krim einnehmen und unter seinen Umständen getrennt mit Abd el Krim verhandeln werden. Am Montag findet abermals eine Volltagung der Konferenz statt, in der man sich mit der Tagerfrage beschäftigen wird.

Paris, 12. Juli. Aus Casablanca wird gemeldet, daß in der Gegend von Tenezane der feindliche Druck auf die französische Front anhält und sich nach Osten vorzieht. Einige Stämme sind unruhig geworden.

Zwangsv-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Conweiler belegenen, im Grundbuch von da Heft 4, Abt. I, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Heft 89a, Abt. I, Nr. 3, Heft 23, Abt. I, Nr. 6 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Friedrich Wark, Fuhrmanns in Conweiler und dessen Ehefrau Emilie, geb. Großmann eingetragenen Grundstücke:

Parz. Nr.	Art und Größe	Schätzung vom 19. Juni 1925
Parz. Nr. 613/3:	Acker in Esßtern 4 a 48 m	120 RM.
Parz. Nr. 621:	5 a 86 m desgleichen	160 RM.
Parz. Nr. 622:	2 a 95 m desgleichen	80 RM.
Parz. Nr. 623:	2 a 86 m desgleichen	80 RM.
Parz. Nr. 624:	5 a 84 m desgleichen	160 RM.
Parz. Nr. 912:	33 a 78 m Wiese in der oberen Atzbach	600 RM.
Geb. Nr. 35:	2 a 43 m Wohnhaus und Scheuer, Holzschopf, Abort und Backofen mit Hofraum unten im Dorf an der Hardgasse	6000 RM.
Parz. Nr. 630/8:	14 a 14 m Baunacker in Esßtern	400 RM.
die Hälfte an:		
Parz. Nr. 655:	17 a 86 m Acker, Weg in Esßtern	175 RM. 7775 RM.

am Donnerstag, den 27. August 1925, vorm. 9 Uhr, auf dem Rathaus in Conweiler versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juni 1925 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg a. G., den 10. Juli 1925.
Kommissär:
Bezirksnotar Reuß.

Frauenarbeitschule Wildbad.

Anfangs September beginnt der **neue Unterrichts-** kurs der hiesigen Frauenarbeitschule, der bis Ende Dezember dauert. Schriftliche oder mündliche Anmeldungen sind bis **spätestens 18. Juli** zu richten an die Schulleiterin. Bei der Anmeldung wird um Angabe der voraussichtlichen Dauer des Schulbesuches gebeten.

Anfangs September beginnen an der hiesigen Frauenarbeitschule auch **Abendkurse** im Weiß- und Kleidermachen. Die Anmeldungen hiezu sind bis **spätestens 25. Juli** schriftlich oder mündlich an die Schulleiterin zu richten.

Die Schulleiterin: H. Krauß.

IHRE VERMÄHLUNG BEEHREN SICH ANZUZEIGEN

FRIDOLIN BIESINGER
ELSA BIESINGER
GEB. STROM

NEUENBÜRG A. ENZ, 12. JULI 1925

Der Wahrheit die Ehre!

Die Sängervereinigung „Freundschaft“ fühlt sich verpflichtet, der „Erklärung“ des Viederkranzes im „Enztaler“ Nr. 159, deren Zweck zu durchsichtig ist, folgendes zu erwidern.

Der Viederkranz behauptet, während seines 90jährigen Bestehens noch nie gegen einen anderen Gefangenen öffentlich vorgegangen zu sein.

Tatsache ist, daß der Viederkranz schon in früheren Jahren einem andern aufwärtsstrebenden hiesigen Gefangenen aus Reid große Schikanen bereitet hat, die zu Tätlichkeiten ausarteten und sogar in **Gerichtsverhandlungen** endeten.

1) Wir behaupten nach wie vor, daß der Verein an dem Abend nicht offiziell beteiligt war und haben festgestellt, daß tatsächlich eine Anzahl Außenstehender an den Vorgängen beteiligt war.

2) Mit aller Entschiedenheit weisen wir die völlig unwahre und irreführende Behauptung zurück, daß der Ausruf „Nieder mit dem Viederkranz“ gefallen ist und fordern die Vorstandschaft des Viederkranzes hiermit öffentlich auf, uns diese Personen namhaft zu machen, welche beweisen können, daß diese Worte gebraucht wurden.

3) Vorstand Gierbach stellt selbst fest, daß, als während der Rede des Herrn Stadtvorstands eine Erregung sich bemerkbar machte und er von dem im Artikel des Viederkranzes erwähnten „Güter der öffentlichen Ordnung“ aufgefordert wurde, hingegen einzuschreiten, für ihn noch gar keine Veranlassung vorlag, gegen die Betreffenden vorzugehen, zudem die Mitglieder als Privatpersonen anwesend waren.

4) Wissentlich wird verschwiegen, daß Vorstand Gierbach und mehrere Mitglieder sofort energisch einschritten, als die ersten Hochrufe auf die „Freundschaft“ erklangen.

5) In Sachen des Herrn Fleig hat Vorstand Gierbach und die Sängervereinigung „Freundschaft“ absolut nichts zurückzunehmen, denn zu diesem Punkt schweigt auch des Sängers Höflichkeit.

Zu den letzten Nachsätzen in dem fraglichen Artikel haben wir zu bemerken, daß nicht nur ein 90 Jahre bestehender Verein das Recht hat, zu leben, sondern auch ein erst vor Jahresfrist gegründeter, der vor allem auf Grund seiner schönen Erfolge mit Recht sich Mitglied des „Schwäb. Sängerbundes“ nennt.

Sängervereinigung „Freundschaft“.

Bekanntmachung.

Am 16. Juli 1925 hat eine Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten stattgefunden. Die stellenlosen Angestellten haben einen Fragebogen auszufüllen und beim Arbeitsamt abzugeben. Die Fragebogen sind beim Arbeitsamt erhältlich. Die Gemeindebehörden werden ersucht, stellenlose Angestellte auf die Pflicht zur Ausfüllung des Fragebogens aufmerksam zu machen.

Neuenbürg, den 11. Juli 1925.

Bezirksarbeitsamt.

Forstamt Hirsh.
Brennholz-
Verkauf

am Dienstag, den 21. Juli, vorm. 9 Uhr, im „Dirsch“ in Oberreichenbach aus Staatswald Wedenhardt, Scheidholz, Nadelh.; Km.: 3 Schr., 454 Ausschub. Posterscheine von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Grundach.

Rind,
1/2-jährig, zu verkaufen.

Haus 107.

Dietlingen bei Forstheim.

Ein

Pferd

5 Jahre alt, zu verkaufen oder zu vertauschen gegen eine Kuh.

Friedrich Köhler,
Bergstraße.

1000 Mark

gegen gute Sicherheit auszunehmen gesucht.

Angebote an die Enztaler-Geschäftsstelle.

Wildbad.

Zuverlässiger

Chauffeur

sofort zu engagieren gesucht.

Zabakwaren-Handels-

Gesellschaft

Christ. Schmid u. Sohn

Wirkfeld.

Wir empfehlen unsern

Lastkraftwagen

(Lebergewicht 100 Ztr.) für jeden Art.

Gebr. Maueval,
Telefon Amt Forstheim Nr. 64.

Sänger-Vereinigung „Freundschaft“.

Sonntag den 18. Juli 1925, abends punkt 8 Uhr, im Gasthaus zum „Felsenkeller“

ordentliche General-Versammlung,

wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundl. eingeladen sind. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Anträge sind spätestens bis Donnerstag den 16. Juli beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Mittwoch den 15. Juli, abends punkt 8 1/2 Uhr,

Wiederbeginn der Singstunden,

wozu stimmbegabte Herren, welche sich dem Chor anschließen

gedenken, herzlich willkommen sind. Das Erscheinen aller Sängern erwartet bestimmt

der Ausschuss.